

Druck- und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftst. 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 297

SW

Das Echo unserer Forderungen.

Stimmen der Presse.

Die Verhandlungsvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben bei den bürgerlichen Parteien keine Überraschung hervorgerufen. Die „Tägliche Rundschau“, das Organ der Volkspartei, gibt das Programm kommentarlos wieder. Die demokratische Presse beschränkt sich auf die Feststellung, daß der Weg zu weiteren Verhandlungen in nichts verhandelt sei. Die „Germania“ widmet dem Programm einen längeren Kommentar, der von der Absicht getragen ist, die Hehlerische der Deutschnationalen fühl abzuweisen. Sie schreibt:

Der Versuch der Sozialdemokratie, Richtlinien für ein solches Programm aufzustellen, kann daher keinem Bedenken begegnen. Die Form, in die die sozialdemokratischen Wünsche gekleidet sind, bietet keinen Anlaß zur Beanstandung. Die einzelnen Punkte selber bedürfen selbstredend einer eingehenden Erörterung und Prüfung. Im ganzen läßt sich sagen, daß man über die sozialdemokratischen Punkte reden kann, womit selbstverständlich noch kein endgültiges Urteil über die einzelnen Verhandlungsgegenstände gefällt sein soll. Ueber eine Reihe der Anregungen wird sich leicht eine Einigung erzielen lassen, andere werden weniger reibungslos zu erledigen sein. Es ist natürlich, daß die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund stehen. Ein Teil der sozialdemokratischen Punkte verlangt in der Tat eine baldige gesetzliche Regelung. Zeitweise sind die Vorverhandlungen dazu schon eingeleitet; so haben über die Erwerbslosenfrage gestern zwischen den Parteien eingehende Erörterungen stattgefunden und man kann schon eine gewisse Annäherung feststellen. Eine Einigung... konnte gestern noch nicht erzielt werden. Aber eine Verständigung muß erfolgen, wenn die Erwerbslosen selbst nicht schwer geschädigt werden sollen. Wie in diesem Punkte, so wird auch bei den übrigen sozialdemokratischen Anregungen die finanzielle Seite sorgsam geprüft werden müssen.

Die „Germania“ kündigt ihrerseits an, daß für das Zentrum ein Nachgeben in seinen schulpolitischen Programmpunkten nicht in Betracht komme.

Die „Frankfurter Zeitung“ gibt im Beistatist ihres heutigen Abendblattes zur Regierungskrise zunächst ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Sozialdemokraten jetzt ihre Ziele für die nächste Regierungsperiode an die Spitze der Verhandlungen gestellt haben. Sie seien dabei mit einer anerkanntenswerten Mäßigkeit vorgegangen. Man könne im ganzen sagen, daß die Formulierung der sozialdemokratischen Forderungen eine durchaus akzeptable Diskussionsgrundlage für die Schaffung einer ehrlichen Regierungskoalition bildet. So sei der sozialdemokratische Vorschlag im ganzen als ein durchaus positiver Schritt zu einem positiven Ergebnis zu werten, und nun wird sich zu zeigen haben, ob dieses positive Ergebnis gelingt oder an wem es scheitert.

Die Presse der Deutschnationalen jedoch bemüht sich, den Mittelparteien vorzureden, daß die Vorschläge der Sozialdemokraten „unannehmbar“ und „unerfüllbar“ seien und sie unter ein „laudinisches Joch“ beugen wollen. Die Deutschnationalen fühlen sehr gut, daß der Zweck der sozialdemokratischen Vorschläge entschlossene Abkehr von dem politischen Kurs der Deutschnationalen ist. So schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

Hinter den Forderungen verbergen sich die innerparteilichen Absichten der Sozialdemokratie. Sie klingen selbstverständlich, sind aber nur gegen rechts gerichtet und bezwecken Uebertragung des Systems Seevering auf das Reich.

Selbstverständlich sind die Forderungen gegen die bisherige egoistische Politik der Deutschnationalen gerichtet, die Schuld an der Verschärfung der Krise trägt. Die Deutschnationalen wollen ihre Politik gegen das Volk fortsetzen. Deshalb findet die „Deutsche Zeitung“ die sozialdemokratischen Punkte „zum Teil unerfüllbar“ — vor allem aber „unannehmbar“. In dem Versuch, den Mittelparteien zuzureden, daß sie unannehmbar seien, liegt die Absicht, sie beim Rechtskurs zu halten.

Am lautesten gebärdet sich die „Deutsche Tageszeitung“:

Diese sozialdemokratischen Forderungen zeigen fast in jedem Punkte, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine völlige Unterwerfung der staatsbürgerlichen Parteien unter den Reichswillen und das Agitationsbedürfnis der Sozialisten verlangt, sondern auch jeglichen Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber den wirtschaftlichen Schwierigkeiten entbehrt, die gerade jetzt das deutsche Volk in seinem Lebenskreis bedrohen.

Insbesondere entwirft sie sich über die Forderung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die Führung der Handelspolitik mit dem Ziel der Förderung des industriellen Exportes. Natürlich: Abbau der Sozialpolitik und Unterordnung der Handelspolitik unter agrarische Großbesitzinteressen waren entscheidende Programmpunkte des Rechtskurses. Sie schließt:

Kurz: diese sozialdemokratischen Forderungen im ganzen nehmen sich geradezu wie ein Hoja gegenüber den Erfordernissen der Lage und gegenüber den Empfindungen der Parteien aus, die die Sozialdemokratie unter dieses laudinisches Joch zwingen möchte. Wir hinzufügen können, herrscht diese Auffassung in weitestem Maße demokratischen Kreisen des staatsbürgerlichen Lagers.

Die Deutschnationalen möchten die Bevormundung der Mittelparteien, die sie in der Blütezeit des Rechtskurses geübt haben, auch jetzt fortsetzen. Das Echo, das aus ihrer Presse kommt, unterstreicht die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Forderungen.

Die Stellung der Volkspartei.

Im Reichstag erzählte man, die Volkspartei wolle erklären, sie betrachte zwar das von der Sozialdemokratie aufgestellte Programm als eine Erschwerung, wolle sich aber Verhandlungen darüber nicht entziehen.

Der Reichspräsident empfing heute den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Volkspartei, Dr. Scholz. Weitere Empfänge von Parteiführern sind vorgesehen.

Christen der Tat!

Nein, erbärmliche Volksbetrüger!

Die ganze deutschnationale Presse fällt wie auf Kommando über die Forderungen her, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt, bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung, zugunsten der notleidenden Massen des arbeitenden Volkes erhoben hat. Da ist es nicht uninteressant, sich einer Rede zu erinnern, die der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Koch-Eberfeld auf dem letzten deutschnationalen Parteitag in Berlin gehalten hat. Herr Koch führte damals aus:

Als Partei können wir uns nicht für einen bestimmten Stand einsetzen. Aber wir müssen dafür sorgen, daß der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht zu einer Zerreißung der Volksschichten wird. Beim Lohn- und Arbeitszeitproblem, bei den sozialen Problemen überhaupt, handelt es sich nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern um mehr. Der Mensch ist doch an seiner Arbeitskraft gebunden mit seiner Persönlichkeit. Dadurch wird diese wirtschaftliche Frage eine soziale und kulturelle Frage, die nicht mit dem Rechenstab in der Hand gelöst werden kann. Auch das Gefühl, das Herz muß dabei sein. Es sind Menschen, unsere Brüder und Schwestern, um die es sich handelt, und die jetzt in bitterster Not leben. Die Ärmtesten sind die Arbeitslosen, die hoffnungslos täglich von einer Arbeitsstätte zur anderen vergeblich pilgern und die im Höchstenfalls eine Wochenunterstützung von 21 Mark beziehen können. Wer das Elend dieser Ärmtesten ansieht, der wird es verstehen, wie diese Menschen es empfinden, wenn man von der unglaublichen Höhe der Arbeitslosenunterstützung redet. Wir müssen schleunigst zu einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung kommen; das sind wir auch den Millionen schuldig, die täglich und stündlich sich darum sorgen, wann auch sie von dem furchtbaren Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen werden. Als gute Christen, die wir doch in unserer Partei sein sollen, müssen wir unser Brot mit den Hungernden teilen. Die Wirtschaft ist sicherlich ein wichtiges Machtinstrument im Staate. Aber im Mittelpunkt darf nicht das Materielle stehen, sondern die Persönlichkeit, der Mensch, den wir als Menschen und Christen richtig werten müssen. Ich richte an die Parteifreunde die Mahnung: Seid nicht nur kalte Rechner, sondern seid Menschen, die gern den Menschen helfen, seid Christen der Tat!

Der Bericht verzeichnet nach diesen Worten lebhaften Beifall. Jetzt aber, wo die Sozialdemokratie ihre Forderungen zugunsten der Ärmtesten anmeldet, Forderungen, denen jeder „Christ der Tat“ mit Begeisterung zustimmen müßte, antwortet die deutschnationale Presse darauf mit einem wahren Wutgeheul.

Man sieht daraus, daß der sogenannte „deutschnationale Arbeiterbund“, den Herr Koch vertritt, nur eine Instanz für den Sumpffang ist. Wo es sich um das Parteigeschäft der Deutschnationalen handelt, hat das „Christentum der Tat“ das Maul zu halten.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Entscheidung im Steuerausschuß am Sonnabend.

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm am Freitag den Bericht des Unterausschusses entgegen, der die Anträge der Parteien zur Lohnsteuer vorzubereiten hatte. Danach hat die Regierung erklärt, daß sie gegenwärtig nur zu dem Gesetzentwurf Stellung nehmen könne, den sie selbst eingereicht habe. Die Stellungnahme zu den weitergehenden Anträgen der Parteien müsse der neuen verantwortlichen Regierung vorbehalten bleiben. Wenn die neue Regelung der Lohnsteuer zum 1. Januar 1926 in Kraft treten solle, müsse die Entscheidung des Reichstages wegen der zahlreichen Feiertage in der zweiten Hälfte des Dezember spätestens am 15. Dezember erfolgen. Staatssekretär Popph wiederholte diese Erklärung und bat um Erledigung der Vorlage im Steuerausschuß möglichst nach am Sonnabend.

Der Ausschuß beschloß, am Sonnabend nach dem Plenum eine Sitzung abzuhalten und den Gesetzentwurf der Regierung zur Lohnsteuer endgültig zu erledigen. Mit Rücksicht auf die gleichzeitig im Haushaltsausschuß stattfindende Debatte über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und deren finanzielle Auswirkungen beschloß er die Vertagung, damit die Mitglieder des Steuerausschusses daran teilnehmen können.

50 Prozent!

Die Erwerbslosen brauchen sie! — Die Finanzen können sie tragen!

Die Reichsregierung bezeichnet als äußerstes Entgegenkommen bei der Neu festsetzung der Erwerbslosenunterstützung eine Erhöhung um 20 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger, um 10 Proz. für die Familienzuschläge und um 6 Proz. für die Spigenbeträge. Demgegenüber sei noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß selbst eine Erhöhung um 30 Proz. ganz unzulänglich bleibt. Wir haben bereits den Nachweis erbracht, daß selbst bei einer Erhöhung um 30 Proz. bei weitem nicht das von Kuczynski errechnete Existenzminimum erreicht wird; wir haben weiter nachgewiesen, daß die Unterstützungssätze in England, die bereits seit Anfang vorigen Jahres gezahlt werden, auch dann noch wesentlich höher bleiben, wenn die Unterstützungssätze in Deutschland um 30 Proz. erhöht werden.

Die Reichsregierung versucht ihr Verhalten mit dem Hinweis zu begründen, daß die erforderlichen Summen nicht durch Beiträge aufgebracht werden können. Diese Behauptung hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Angesichts der schweren Krise wird es notwendig sein, eine gerechte Lastenverteilung über das ganze Reich durch Einführung eines einheitlichen Reichsbeitrages für die Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen. Der gegenwärtige Zustand ist ganz unhaltbar. Das bestehende Durcheinander an Beitragsfestsetzungen (potiert jeder Beschreibung. Lassen wir die Tatsachen sprechen. Nach dem zuletzt bekannten Stande beträgt der Beitragsatz in Bayern und Baden 1,5, in Thüringen, Hamburg, Bremen 1 Proz., in Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg im Durchschnitt ebenfalls 1 Proz., in Sachsen, Anhalt und Schaumburg-Lippe 0,5 Proz., in Württemberg im Durchschnitt ebenfalls 0,5 Proz., in Braunschweig 0,5 bis 2 Proz., in Mecklenburg-Strelitz 0 bis 3 Proz., in Waldeck 0,5 bis 1 Proz. und in Lübeck 0 Proz. Preußen hat ab 1. Dezember den Höchstatz auf 1,75 Proz. festgesetzt. Der komplizierte Befahrenausgleich in Preußen mit den Provinzialausgleichskassen und der Landesausgleichskasse ermöglicht es demnach, daß öffentliche Arbeitsnachweise überhaupt keinen ökonomischen Beitrag erheben. Hat die Provinzialausgleichskasse von ihrem Recht auf Erhebung eines Beitrages in Höhe von 1/2 Proz. keinen oder geringeren Gebrauch gemacht, so ist die Folge, daß trotz einer gewaltigen Arbeitslosigkeit in Preußen in diesen Bezirken nur ein Beitrag von 1/2 bis 3/4 Proz. erhoben wird. Dieses unsinnige System wird durch die Erfahrungen der Gegenwart als undurchführbar erweisen. Deshalb hat der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Preußen gestern beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. Januar ein einheitlicher Beitrag von 2 1/2 Proz. für Preußen zu erheben ist.

Die hier aufgezeigten Mängel in der Beitragshebung können mit einem Schläge beseitigt werden, wenn der Reichsarbeitsminister von seinen Befugnissen entsprechenden Gebrauch macht. Nach § 39 Abs. 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge kann nämlich der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats und nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat für Arbeitsvermittlung die Beiträge nach dem Gesamtaufwande, der im ganzen Reichsgebiet entsteht, bemessen. Es ist höchste Zeit, diesen Weg zu einer einheitlichen Reichsbeitragsgemeinschaft zu beschreiten.

Wenn man von einem beitragspflichtigen Personenkreis von 13 Millionen ausgeht und bei einer Beitragshebung von 3 Proz. mit einem Beitrage von 4,50 M. pro Kopf und Monat rechnet, so würde das eine Gesamteinnahme von 58,5 Millionen Mark pro Monat bedeuten. Diese vorläufig errechnete Einnahme ließe sich wesentlich steigern, wenn die durch den Reichsarbeitsminister von den Beiträgen befreiten Personengruppen wieder zur Beitragsleistung herangezogen würden und weiterhin der Reichsarbeitsminister von seiner Befugnis nach § 34 Abs. 4 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Gebrauch machen würde und Arbeitnehmer, deren Einkommen über die Grenze der Krankenversicherung hinausgeht, zu Pflichtbeiträgen heranziehen würde. In diesem Falle würde der Personenkreis sich um viele Millionen vermehren. Man braucht ja nur daran zu denken, daß Krankenversicherungspflichtig rund 20 Millionen sind. Dazu kommen dann noch die Hunderttausende von Angestellten, deren Einkommen die Krankenversicherungsgrenze übersteigt. Es wäre also unter Ausnutzung dieser Möglichkeiten schon heute durchführbar, den Kreis der Beitragspflichtigen und Unterstützungsberechtigten wesentlich zu erweitern. Die Heranziehung der Beitragsbefreiten ist aber auch deshalb eine unabweisbare Notwendigkeit, weil sie anpruchsberechtigt nach wie vor bleiben und nur von der Beitragsleistung entbunden sind.

Wie hoch beläuft sich gegenüber diesen Einnahmemöglichkeiten die voraussichtliche Mehrbelastung? Im Oktober belief sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf rund 300 000. Die Ausgaben für diese Hauptunterstützungsempfänger einschließlich der Familienzuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, Umschulungs- und Arbeitsausrichtungskosten sowie der notwendigen Verwaltungskosten der öffentlichen Arbeitsnachweise betragen rund 18,5 Millionen Mark. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 15. November auf rund 471 000. Unter Zugrundelegung von 600 000 Hauptunterstützungsempfängern, die der Reichsarbeitsminister Brauns als dem gegenwärtigen Stande entsprechend bezeichnet, würden sich die Gesamtausgaben auf etwa 35 Millionen belaufen, weil die Verwaltungskosten der

Arbeitsnachweise, Umschulungskosten, Reisekosten usw. nicht im gleichen Umfange wachsen. Eine Erhöhung der Unterstützung um 50 Proz. würde also die Gesamtkosten auf rund 53 Millionen Mark pro Monat anwachsen lassen, so daß die Kosten durch eine Beitragserhebung von 3 Proz. gedeckt wären. Das Bild wird noch wesentlich günstiger, wenn die bezeichneten Personentreise ebenfalls in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden. Schließlich ist aber auch noch darauf hinzuweisen, daß im Reichshaushalt für 1924 insgesamt 280 Millionen M. für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge vorgesehen waren, davon 170 Millionen für unterstützende Erwerbslosenfürsorge. Von dem letzteren Betrag ist fast nichts gebraucht worden, da die gesamten Lasten durch Beiträge aufgebracht wurden. Was den Erwerbslosen 1924 vorenthalten wurde, ist, man kann es schon so nennen, den Ruhrindustriellen in Form der Ruhrentschädigung ausgezahlt worden. Der Reichshaushaltsplan für 1925 sieht an unterstützender und produktiver Erwerbslosenfürsorge 110 Millionen Mark vor. Von der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 40 Millionen Mark ist bisher ebenfalls fast nichts gebraucht worden, da auch 1925 alle Kosten durch Beiträge bisher aufgebracht worden sind. Mit allem Nachdruck muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß auch das Reich sich seiner Pflichten gegenüber den Erwerbslosen zu erinnern hat. Daß das Reich die Mittel hat, hat Gen. Schiele heute morgen hier nachgewiesen. Auch in diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der englische Staat für sein großes Heer von Erwerbslosen mehr aufwendet, als er seinen Arbeitern an Beitragslasten zumutet. Deshalb kann gar keine Rede von einer finanziellen Unmöglichkeit sein, wir glauben vielmehr den Nachweis dafür geliefert zu haben, daß die von uns geforderte Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Proz. und eine einmalige Sonderunterstützung sehr wohl zu tragen ist.

Die peinliche Pension.

Schiele von seinen eigenen Deuten verleugnet.

In der „Deutschen Zeitung“ finden wir eine reichlich dunkle Notiz über die seltsame Pensionierung des deutsch-nationalen Reichsmonatsministers Schiele. Es wird dort gesagt:

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet eine längere Erklärung, in der sie zu den Angriffen der Linkspresse wegen der Pension des Reichsministers a. D. Schiele Stellung nimmt und mit ausführlichem Material darlegt, daß die getroffene Regelung durch gesetzliche Vorschriften einwandfrei begründet ist. Insbesondere wird erklärt, daß der Versuch, hieraus der deutschnationalen Fraktion oder Herrn Schiele persönlich etwas anhängen zu wollen, sich hiernach von selbst richte.

Dazu bemerkt die „Deutsche Zeitung“: „Daß die Errechnung der Pension für den Herrn Reichsinnenminister a. D. Schiele allen gesetzlichen Bestimmungen entspricht und daß Herr Schiele persönlich nichts mit ihr zu schaffen gehabt hat, erscheint uns selbstverständlich. Die Angelegenheit kann aber noch von ganz anderer Seite betrachtet werden, und wir nehmen an, daß das demnächst in der deutschnationalen Reichstagsfraktion geschehen wird. Bis das Ergebnis dieser von uns erwarteten Beratung vorliegt, wollen wir uns einer eigenen Stellungnahme enthalten.“

Kennzeichnend ist, daß die in der „Deutschen Zeitung“ erwähnte Erklärung der deutschnationalen Pressestelle in keinem der offiziellen Parteiblätter der Schielepartei veröffentlicht wird. Augenscheinlich erscheint selbst ihnen die „Dienstzeitberechnung“ so ungeheuerlich, daß sie lieber schweigen, als ein Wort der Verteidigung für die Pensionsleistung an einen Mann wagen, der gerade neun Monate lang „Beamter“ im Sinne des Gesetzes gewesen ist. Dieses Schweigen ist bezeichnend, als viele Worte.

Die Anrechnung des „Einjährig-Freiwilligen-Dienstjahres“ und der verschiedenen Reserveübungen auf ein Pensionsdienstalter als Minister erscheint in einem noch krasserem Lichte, wenn man sich an die vor kurzem ergangene Verfügung des deutschnationalen Ministerkollegen

Schieles, des Finanzministers v. Schieffelin, erinnert, in der es dem Sinne nach heißt:

Den Reichsarbeitern wird nach 25jähriger ununterbrochener Dienstzeit wieder, wie in der Vorkriegszeit, eine Dienstprämie in Höhe von 100 Mark gezahlt. In dieser Verfügung ist besonders darauf hingewiesen, daß die Kriegsdienstzeit nicht anrechnungsfähig ist, da sie nicht in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis zurückgelegt ist.

Danach wird den Reichsarbeitern, die vier Jahre im Schützengraben zugebracht haben, diese Zeit nicht angerechnet, wenn sie eine Dienstprämie für 25 Dienstjahre im Betrage von 100 (einhundert) Mark beanspruchen. Dem Reunmonatsminister aber werden sogar Friedensdienstzeiten als Gemeiner (Einjähriger) und Reserveübungen angerechnet, die Kriegszeit in der Etappe sogar doppelt! Man kann verstehen, warum die deutschnationalen Presse so verlegen schweigt!

Die Verschleppung soll fort dauern.

Erwerbslosenunterstützung vor dem Haushaltsausschuß.

Bei dem Zusammentritt des Reichshaushaltsausschusses verlangte Genosse Hoch, daß die Erwerbslosenfürsorge mit auf die Tagesordnung gesetzt und als vordringlich behandelt werde. Im Anschluß daran sollte die Beamtentrage ihre Erledigung finden. Hergt (Dnall.) bestand darauf, daß über die Beamtensoldatentage verhandelt und die Erwerbslosenfürsorge zurückgestellt werde. Der Ausschuß entschied im Sinne des sozialdemokratischen Antrages.

Aufhäuser gab zunächst als Berichterstatter von den gestrigen Beschlüssen des Sozialen Ausschusses Kenntnis, deren Deckung zum größten Teil aus den Beiträgen erfolgen könne, während Reichsmittel nur in beschränktem Umfange beansprucht werden. Der Reichsarbeitsminister vertrat auch im Haushaltsausschuß nochmals das Gelingen vom Reichsanwalt Luther vorgeschlagene Kompromiß, wonach die Unterstützung für die Hauptunterstützungsempfänger nur um 20 Proz. für die Familienangehörigen um je 10 Proz. und für die Spitzenbeträge um 6 Proz. erhöht werden sollte. Er wiederholte, daß die geschäftsführende Regierung die Verantwortung für weitergehende finanzielle Leistungen des Reichs zu übernehmen nicht in der Lage sei.

Genosse Aufhäuser betonte einleitend, daß auch für die geschäftsführende Regierung, die nun die Verabschiedung der Erwerbslosenfürsorge seit 10 Tagen unaufhörlich verzögert, in der Ablehnung einer ausreichenden Erwerbslosenunterstützung eine wesentlich größere Verantwortung gegeben sei als in der Bereitstellung der notwendigen Reichsmittel. Im übrigen hätten es ja die Reichsparteien in der Hand, im Reichstag eine Mehrheit für die Sanktionierung der Beschlüsse des Sozialen Ausschusses zu schaffen und damit sowohl der jetzigen wie der kommenden Regierung volle Deckung zu verschaffen. Er wandte sich weiter gegen die von der Regierung vorgelegten Berechnungen, in denen wahrscheinlich nicht ohne Absicht das Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge zu niedrig angenommen wurde, um so die Bewilligung der höheren Unterstützungssätze zu erschweren. Die Vertagung der gesamten Kurzarbeiterunterstützung sei für die Sozialdemokratie unannehmbar. Die von dem Sozialen Ausschuß beschlossene einmalige Unterstützung für die Ausgesteuerten und für die nichtversicherungspflichtigen Angehörigen sei eine unerlässliche soziale Voraussetzung, um überhaupt über die derzeitige Wirtschaftskrise hinwegzukommen.

Nach der Haltung der Regierung mühte man zweifeln, ob sie überhaupt die auch vorhandenen Reichsmittel für Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stellen wolle. Er erinnerte daran, daß sich die bürgerliche Reichsregierung 1924 nicht geschert habe, die damals für die Erwerbslosenfürsorge im Etat ausgeworfenen Reichsmittel fast restlos anderen Zwecken, darunter auch der Unterstützung der Ruhrindustriellen, zuzuführen.

Esfer (3.) stellte sich hinsichtlich der Höhe der laufenden Unterstützungssätze auf den Boden der Beschlüsse des Sozialen Ausschusses, lehnte aber die einmalige Beihilfe ab. Den gleichen Standpunkt vertraten die Deutschnationalen, während die Deutsche Volkspartei für die einmalige Beihilfe an die Angehörigen eine Entschädigung empfahl. Die Demokraten stellten sich gleichfalls auf den Boden der Beschlüsse des Sozialen Ausschusses mit Einschluß der einmaligen Beihilfe.

Gegen Mittag wurde geschäftsordnungsgemäß beschlossen, am Nachmittag die Beratung über die Beamtensoldatentage an-

zuschließen und dann die gesamte Finanzlage zu erörtern, zu der sich bereits in der Vormittagsitzung die Staatssekretäre Dr. Popitz und Fischer vom Reichsfinanzministerium ausführlich geäußert hatten.

Gegen Mittag ist gleichzeitig das Reichskabinett wieder zusammengetreten, um zu der durch den Sozialen Ausschuß geschaffenen neuen Sachlage Stellung zu nehmen und sich am Nachmittag wiederum an den Beratungen des Haushaltsausschusses zu beteiligen.

Sozialdemokratie gegen Mietsteigerung.

Ein Antrag im Reichstag.

Die Reichsregierung hat bei der Steuerreform alle Kraft darauf verwendet, die Länder zu zwingen, bis zum 1. April 1926 die volle Friedensmiete einzuführen. Das ist ihr auch gelungen. Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sieht vor, daß am 1. April 1926 die Mieten in allen Ländern 100 Proz. der Friedensmiete erreicht haben müssen. Unter dem Einfluß dieser Bestimmung und der Kürzung der übrigen Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden haben auch in den letzten Monaten die Länder die Mieten erheblich erhöht. In einer ganzen Reihe von Ländern bewegen sie sich deshalb jetzt zwischen 60 und 100 Proz. der Friedensmiete. In Preußen besteht aber bisher ein Satz von 82 Proz., in Sachsen und Hamburg von 85 Proz. In diesen Ländern müßte also in den nächsten Monaten eine sehr erhebliche Steigerung der Mieten eintreten, wenn die gesetzliche Vorschrift des Reiches durchgeführt werden soll.

Das begehrt aber gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr erheblichen Schwierigkeiten. Als die Zwangsvorschrift über die Friedensmiete im Sommer beschlossen wurde, gingen die bürgerlichen Parteien von der Annahme aus, die wirtschaftliche Entwicklung werde sich bessern und die Erhöhung der Mieten sich leicht durchführen lassen. Inzwischen aber hat die Wirtschaftskrise einen riesigen Umfang angenommen. Millionen Erwerbslose haben nicht einmal die Mittel, die bisherige Miete zu zahlen. Auch den Lohn- und Gehaltsempfängern bürdet jede Erhöhung der Miete eine schwer tragbare Last auf. Das gleiche gilt vom Mittelstand und den Gewerbetreibenden, von denen viele eine derartige Last überhaupt nicht tragen können. Daß eine Mietsteigerung Erhöhungen der Löhne und Gehälter und der Preise nach sich zieht, liegt ebenfalls sehr nahe.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb den Antrag gestellt, die Zwangsvorschrift über die Erreichung der Friedensmiete am 1. April 1926 aufzuheben und durch die Bestimmung zu ersetzen, daß bis zum 1. April 1927 die Mieten den Friedensstand nicht übersteigen dürfen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags ist vorgesehen, daß der Termin zur Erreichung der Friedensmiete vom 1. April 1926 auf den 1. April 1927 verschoben wird.

Revision der Luftfahrtsklauseln?

Eine Sitzung der Botenkonferenz.

Paris, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Botenkonferenz, die sich am Donnerstag mit der Frage der deutschen und französischen Luftfahrtsklauseln beschäftigt hat, besagt ein Kommuniqué, daß die Botenkonferenz aus technischen Erwägungen und im Sinne von Locarno beschlossen hätte, eine Note an das Deutsche Reich zu richten, die Bedingungen formuliert, unter denen eine Konferenz deutscher und alliierter Sachverständiger zusammenzutreten könne, um eine Revision der augenblicklich geltenden Bestimmungen zu beraten.

Paris, 11. Dezember. (RTS.) „Matin“ berichtet zur gestrigen Sitzung der Botenkonferenz, die sich mit den Luftfahrtsklauseln beschäftigte, die Konferenz habe die 9 Bestimmungen geprüft, die bisher für die deutsche Luftfahrtsklausel galten, und zwar mit der Absicht, diese Bestimmungen, was die Verkehrsflugzeuge anbelangt, zu mildern. Die Botenkonferenz werde außerdem die Frage studieren, unter welcher Form die Kontrolle der zivilen und der militärischen Luftfahrt in Deutschland durchgeführt werden solle. Schließlich werde die Interalliierte Kommission von dieser Aufgabe entlastet und diese Kontrolle gemäß dem Versailler Vertrag durch den Völkerbund ausgeübt werden.

Interview mit einem Krösus.

Von Hans Bauer.

Der Berichterstatter einer Berliner Zeitung ist bei Henry Ford gewesen und hat sich bemüht, den reichsten Mann der Welt, den Beherrscher von Hunderttausenden von Menschen, zu interviewen. Er hat gefragt, was man üblicherweise fragen wird, wenn man als Journalist vor einer industriellen Weltberühmtheit steht. Er hat nach Fords Ansicht über die europäischen Probleme gefragt und erwartete Kommentare zum Völkerbund, zu Locarno, zu den Komplexen der Schuldenregulierungen zu hören. Aber Henry Ford erklärte, daß die europäischen Fragen ihn einen Schmarren kummerten, daß er überhaupt keine Meinung über sie habe, nicht einmal wüßte, wer gegenwärtig Reichspräsident in Deutschland sei und über Deutschland allein dies Eine sagen könne, daß, wie überall in der Welt, so auch hier die Juden die Fruchtel schwingen. Die katholische Kirche sei in Juden Händen, die Gewerkschaften seien es, Stinnes und der Kaiser seien es gewesen.

Es ist ein Unterschied, ob irgendein aus Gram über die niedrigen Lohneinnahmen wütend gewordener Besitzer eines Kaffeehauses in ruhiger Lage auf die Juden schimpft, oder ob Henry Ford es tut. Was da so an Hakenkreuzern herumläuft und den Anschein erweckt, hunderte Kenntnisse über Kaffeeindustrie zu besitzen, das belästigt sich zumeist nur seine Arbeitscheu oder seine enttäuschten geschäftlichen Hoffnungen vom Herzen.

Bei Henry Ford ist das anders. Er hat auch gar nicht gegen die Juden gebellert, er ist vielmehr sehr guter Laune gewesen, hat übers ganze Gesicht gelächelt und erklärt, daß er vom moralischen Standpunkt aus gar nichts gegen die Juden einzuwenden hätte, aber es sei nun einmal so, daß sie den Christen das Geld wegnehmen. Um eine Erläuterung hat er sich des Weiteren nicht bemüht. Er hat sie ja schließlich nicht nötig gehabt. Das mag dem antisemitischen Kleinvielh überlassen bleiben, mit antisemitischen Verlogenheiten die wahren Gründe ihrer Judenfeindschaft zu bemängeln. Dem Henry Ford ist es zu glauben, daß er seine ehrliche Ueberzeugung ausgesprochen hat. Er ist so reich und so unabhängig, daß er sich die Ehrlichkeit ruhig erlauben darf. Auch die Verblüffung dürfte nicht der Grund seines Antisemitismus sein. Welchen Anstoß hätte er, der das Judentum auf dessen angeblichem Gebiete, Geld machen zu können, so überlegen geschlagen hat, ihm seine Geschäftstätigkeit zu neiden! Genießt Ford hat gefragt, was er denkt, und er denkt über Katholizismus, Völkerbund, Locarno, Europa, internationale Schuldenregulierungen nur dies Eine: O diese Juden!

Henry Ford ist ein ungeheurer Mensch. Seine Judenverdächtigung ist das Ergebnis seiner Interesslosigkeit am Weltgeschehen, seines Verzichts auf die Durchdenkung anderer als privater geschäftlicher Probleme. Wenn Fords Meinungen diejenigen eines armen Schluders wären, so würde man sagen: Welch ein Einfaltspinnel! Und man würde die Debatte mit diesem ignoranten Schwärzer beenden. Ford ist der größte Industrielle der Welt, und deshalb hat er ein Recht darauf, daß der Unfröh, den er redet, in die Zeitung kommt. Aber wir werden uns darüber klar sein müssen, daß hohles Gemöhl, wenn es ein Krösus redet, nur Rückschlüsse auf die wahre Qualität der Krösus, ab heute auf Henry Ford, enthält.

zuführt. Henry Ford ist ein Beweis dafür, mit wie wenig Intelligenz die Welt nicht nur regiert, sondern auch ausgebeutet werden kann. Der Herrscher über Leben und Tod von Hunderttausenden von Arbeitern ist eine geistige Null. Seine glänzende Begabung fürs Geldverdienen vermag an dieser Feststellung nichts zu ändern und nur dies Eine zu beweisen: daß er seine Einfaltigkeiten mit der zufriedenen Selbstsicherheit des schwerreichen Mannes entwickeln kann, dem die Meinung des Unvernünftigeren das Einzige auf der Welt ist, das ihm gestohlen werden kann, ohne daß er sich darüber ereifert.

Heinrich Schulz las aus seinen Büchern für oder über Kinder in dem Kindergarten der „Kinderfreunde“ in der Blumenstraße. In einem Raum, der sonst vom Trappeln der Kinderfüße und von dünnem und doch, ach, oft so lärmendem Kindergeplapper wiederhallt, saßen nun Erwachsene. Um einen hohen Tisch auf niedrigen Stühlen, während an der Wand niedrige Bänke standen, auf Brethern darüber in Reih und Glied weiß emaillierte Milchbüchsen mit Nummern, Zahnbürsten steckten davor in besonderen Haltern, ebenfalls nummeriert, und darüber zog sich eine bunte, lustige Vogelbordüre die Wand entlang. Aber es wäre falsch, zu sagen, daß zwei Wägen nun in diesem Raum vereint gewesen wären. Denn er war weihnachtlich geschmückt mit bunten Papierketten und Tannenzweigen, und auf dem Tisch lag eine Kiste von Kinderbüchern — ist da die Schuhnummer 28 oder 33 nicht ein rein äußerlicher Unterschied? Mit seinen Märchen, die bisweilen von fast kinderfeindlicher Einfaltigkeit zeugen, fand Genosse Schulz so begeisterte und andächtige Zuhörer, wie nur in irgendeiner Altersstufe. Und dann die lustigen Geschichten von dem kleinen Menschenlein Van Riekeniweel, oder „Aus meinen oder Väter!“ Genau wie die Kleinen konnten diesmal die Großen gar nicht genug kriegen; allerdings sind diese Bücher ja auch mehr für Erwachsene bestimmt, ebenso wie das seine und kluge Werkchen: „Die Mutter als Erziehlerin“. Hier klingt dem Leser nie trodene Theorie entgegen, sondern lieb-voll erlebte Praxis eines Menschen, der sich nicht herabsetzt zu den Kindern, sondern der ehrlich mit ihnen Kind sein kann und der den Erwachsenen dann Freund wird. Ist das nicht ein schönes und oft neidvoll erstrebtes Ziel der Eltern, besonders der Mutter? Und sicher wird gar manche gern Heinrich Schulz zum Führer in Erziehungsfragen wählen!

Die Sprache der Bienen ist das eigenartige Forschungsgebiet des Prof. Dr. R. v. Frisch, der mit ungeheurem Fleiß, unterstützt durch eine seine Beobachtungsgabe, die verschiedensten Versuche unternahm. Diese hatten glänzende Ergebnisse und sie wurden die Grundlage zu einer ganzen Bienen-Psychologie. Der Forscher dreiferte, wie er in seinem in der Urania gehaltenen, durch Lichtbilder und kinematographische Vorführungen ausgebauten Vortrag mittelste, die Bienen zuerst auf Forbe. Das ergab als Schlussauswertung aller Ergebnisse, daß die Bienen Schriachdrot mit schwarz verwechseln und ihre Unterscheidung der Formennancen nicht eine so scharfe ist, wie bei den Menschen. Die auf Duft dreiferten Bienen bewiesen, daß ihre Nieschärfe nicht so scharf ist, wie man es allgemein annahm. Eine Bienennese übertrifft nämlich den Geruchssinn eines normalen Menschen nicht. Die Bienen verständigen sich durch Tönge. Kehrt eine Biene von einer aufgespürten

Futterquelle zurück, so beginnt sie im Stod einen Tanz, der andere Bienen mit ihm Lustig veranlaßt. Bei besonders reicher Trophäe streut sie ihr Duftorgan aus und so wird dieses Partikulärschöden der Biene ihren Stodgenossen zum Wegweiser. Bei schlechten Zeiten werden nur Rundschwärmer ausgesandt und die ganze übrige Gesellschaft sitzt untätig im Stod. Das kommt oft vor und die Bezeichnung „Bienenfleisch“ bedürfte von Rechts wegen einer Korrektur. Der kurze Vortrag des Dr. v. Frisch gab allen Zuhörern sehr viel, zumal man Zeuge aller von ihm gemachten Experimente wurde. e. b.

Jugendpreis deutscher Erzähler. Dem Verbande deutscher Erzähler ist von der Deutschen Buchgemeinschaft G. m. b. H. Berlin ein jährlicher wiederkehrender Preis von 10.000 M. als „Jugendpreis deutscher Erzähler“ gestiftet worden, den der Verband in Einverständnis und unter Mitwirkung des Preussischen Kultusministeriums, nach freiem Ermessen einer hierfür gewählten Kommission, unter allen Umständen und ungeteilt für den jeweils besten bisher unerschienenen Roman junger Erzähler zu vergeben hat. Das Werk muß in der deutschen Sprache abgefaßt sein. Der Autor darf zur Zeit der Einreichung das 35. Lebensjahr nicht vollendet haben. Das durch den Preis ausgezeichnete Werk wird von der Deutschen Buchgemeinschaft in einer garantierten Erstauflage von 10.000 Exemplaren verlegt, wofür das Honorar zugleich mit dem Preise sofort zahlbar ist. Das Preisrichterkollegium setzt sich zusammen aus den Herren: Georg Engel, Vorsitzender; Geh. Regierungsrat Professor Dr. Baehwald für das Preussische Kultusministerium; Dr. Hans Martin Esler; Oskar Voerke; Universitätsprofessor Dr. Julius Peterjen; Jakob Schaffner; Hermann Stehr. — Die Manuskripte sind anonym, mit einem Kennwort versehen, bis jeweils zum 15. März an das Bureau des Verbandes Deutscher Erzähler, Berlin W 50, Rührberger Str. 9/10, einzuliefern. Das Kennwort sowie Name und Nachfrist des Verfassers sind in einem geschlossenen Umschlag dem Rotor Dr. Benzler Goldbaum, Berlin W 60, Wilhelmstr. 52, mitzuteilen. Die erste Preisverteilung erfolgt am 2. Oktober 1926. Alle weiteren Bedingungen sind vom Bureau des Verbandes Deutscher Erzähler einzufordern.

Parteiarchiv. Für die Herausgabe einer größeren biographischen Arbeit ist von Wichtigkeit, Näheres über einen internationalen sozialistischen Studentenkongress zu erfahren, der im Jahre 1921 in Brüssel getagt haben soll. — Damit in Verbindung wird eine Schrift gedruckt, die heißt: „Das nichtamtliche Protokoll des im Jahre 1921 abgehaltenen internationalen Arbeiterkongresses“ zu Brüssel (Berlin 1926 bei D. Harisch, Berlin W.) Mitteilungen hierüber beim Einlebensbüro gegen Erstattung der Unkosten des Parteiarchivs, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 IV. Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Vollstunde. Im Theater am Bülowplatz findet am 16. und 17. Dezember, 8 Uhr, im nächsten Tagabend eine Aufführung des Märchenpiels „Jung Siegfried“ von Heinrich Böhmert statt.

Die Tänzerin Selig Peters lang am 16. und 17. Dezember, 8 Uhr, im Ränkerhaus anlässlich der Jahreskonferenz für Körperpflege. Die nächsten Tanzabende finden am Sonntag, den 21. Dezember, 8 Uhr, im Scharmantia-Saal (Veranstaltung der „Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege deutscher Kunst“) und am 12. Februar, 8 Uhr, im Theateraal des 1. Arbeitervereins ab (Veranstaltung der Stadt Berlin) statt. Rufschliche Zeitung: Dr. Selig Gänther.

Der Prozess Grütze-Lehder.

Sinter den Kulissen der völkischen Mordmörder.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bommers der Prozess gegen den Kaufmann Grütze-Lehder, der im Jahre 1923 im Legeler Forst einen gewissen Heinz Dammers ermordete. Beide gehörten der deutschvölkischen Freiheitsbewegung an. Die Sachlage ist folgende:

Als im März des Jahres 1923 von dem Innenminister Seevering das Befehlen der deutschvölkischen Freiheitspartei verboten wurde, herrschte in den Kreisen ihrer Anhänger die größte Aufregung. Über alle Angriffe gegen den Minister, auch von den radikalen Führern der Deutschnationalen, mußten schließlich verstummen, da sehr bestimmte Mittelungen von einem geplanten

Auffentat gegen Seevering

in die Öffentlichkeit gelangt waren. Innerhalb der völkischen Freiheitspartei hatte sich eine Abteilung gebildet, die sich die Ermordung des Ministers zum Ziel gesetzt hatte. Die Leitung dieser Abteilung übernahm ein angeblicher Oberleutnant Müller, der aber in Wirklichkeit Heinz Dammers hieß. Er gehörte zu jenen gewissenlosen Glücksjägern, die die Zeit der damaligen politischen Hochspannung nur zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Ihm konnte ein lebhafter Briefwechsel mit Führern der Rechtsorganisationen und den Rathenau-Mördern nachgewiesen werden. In den Kreisen seiner Partei geriet er in den Verdacht der Spionage, da er das zur Ausführung seiner Pläne erforderliche Geld verschleuderte und ohne Auftrag in Bommern Gruppen der deutschvölkischen Freiheitspartei gründete. Deshalb beauftragte Wulle den damals 18jährigen Grütze-Lehder mit der Beobachtung des Dammers. Grütze-Lehder knüpfte ein Freundschaftsverhältnis mit Dammers an und ersah ihn, als er sich von der Schuld Dammers überzeugt zu haben glaubte, im Legeler Forst mit drei Renolderschützen. Der Mörder soll die Leiche vollkommen ausgeblendet und einige Sachen des Toten verkauft haben.

Nach dem Mordtat ereignet Grütze-Lehder von seiner Partei einen neuen Ausweis, sogar ein persönliches Empfehlungsschreiben von Wulle, in dem ihm bestätigt wurde, daß er im Auftrage der deutschvölkischen Freiheitspartei Vorposten zu organisieren habe.

Das Polizeipräsidium wurde einige Zeit darauf durch Befinnungsgegnen Grütze-Lehders von dem Morde unterrichtet. Grütze-Lehder wurde verhaftet und legte ein offenes Geständnis ab. Da aber die Polizei trotz eifriger Bemühungen damals die Leiche nicht finden konnte, und der Mörder kurze Zeit darauf sein Geständnis widerrufen, wurde er wieder entlassen. Grütze-Lehder floh darauf nach Ungarn. Als im Mai 1924 die Leiche des Dammers im Legeler Forst gefunden wurde, beantragte die Reichsregierung die Auslieferung des Mörders. Die ungarische Regierung kam dem Ersuchen nicht nach mit der Begründung, es handele sich um ein rein politisches Verbrechen. Daraufhin stellte die deutsche Regierung den Antrag auf Auslieferung wegen Raubmordes, die auch im Sommer 1925 erfolgte.

Der Angeklagte führte heute bei seiner Vernehmung aus, er habe Dammers in Verdacht gehabt, politische Dokumente den Kommunisten zu verkaufen. Ich habe darauf Oberleutnant Lehmann aufgeschickt und den Auftrag erhalten, nachzuforschen, ob Dammers wirklich ein Spion sei. Dammers verfügte über gefährliche Papiere, die mir aus meinem Zimmer gestohlen waren und war damit am Tage darauf mit mir nach Berlin gefahren. Er wollte bei der völkischen Freiheitspartei erreichen, daß ihm ein Bankunternehmen übertragen würde. Die Abgeordneten merken aber, daß es sich um ein Schwindelunternehmen handelte. Bei den Verhandlungen mit den Abgeordneten war Dammers von einem Dr. Heinz begleitet. Auch ich war bei der Besprechung dabei. Als aus dem Bankgeschäft nichts wurde, nannten sich Heinz und Dammers auf der Straße gegenseitig Hochstapler. Ich hatte fortwährend Besprechungen mit Dammers, der im Hotel „Office“ wohnte, und ging auch zum Abgeordneten Wulle und schilderte ihm die sehr prekäre Lage, die dadurch entstanden war, daß Dammers in den Besitz der wichtigsten Papiere gekommen sei. Der Abgeordnete Wulle war sehr erregt und zog den Abgeordneten Kube hinzu. Nachdem auch dieser informiert war, war er auch sehr erregt, und die Abgeordneten ähnelten sich in einem Sinne, daß ich annehmen mußte, daß der Tod des Dammers den Abgeordneten nur willkommen sei. Nach der Tat fiel mir ein, daß Dammers seine Koffer teils auf dem Bahnhof, teils in dem Hotel Office hatte, und daß die Tat entdeckt werden würde, wenn die Koffer dortblieben. Ich hatte auch das Gefühl, daß in den Koffern Dokumente sein könnten. Daher fuhr ich zunächst nach Ledermünde und hatte dort Besprechungen mit Rosenberg, Eggelin, Fischbein, Zeiss, Wänte und anderen, die auch der Meinung waren, daß die Koffer abgeholt werden müssen. Diese Herren, die angelegene Stellungen haben, haben nichts dagegen einzumenden gehabt, daß die Koffer abgeholt werden und haben mir 30 Billionen zur Rückreise gegeben. Ich habe die Koffer zusammen mit Schröder abgeholt, ein Koffer blieb nur noch zurück. Auch aus dem Hotel Office bekam ich das Gepäck heraus, da ich von früher her eine Bekanntschaft von Dammers hatte. Die Koffer brachte ich zu Bredelom nach Hermsdorf. Am nächsten Tage war dieser sehr aufgeregt und sagte, die Koffer seien in der Nacht gestohlen worden. Es kam noch Bötzcher dazu, und ich hatte den Eindruck, daß er sie gestohlen hatte.

Vor einer Loucheur-Krise.

Die Linke gegen seine Steuerentwürfe.

Paris, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer, die am Donnerstag beschlossen hat, heute zunächst Loucheur anzuhören, wird es nach dem „Quotidien“ voraussichtlich ablehnen, in eine Diskussion über die von dem Finanzminister eingebrachten Gesetzentwürfe einzutreten. Loucheur werde dadurch hauptsächlich gezwungen werden, seine Demission zu geben. Um seine Nachfolgerschaft bewirbt sich bereits der ehemalige Kammerpräsident Raoul Péret, den gestern die Gruppe der radikalen Linken zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat. Nach der gleichen Quelle sollen die Fraktionen der radikalen und radikalsozialen Partei sich gestern nach eingehender Diskussion sehr entschieden gegen die Loucheur'schen Vorschläge ausgesprochen und beschlossen haben, ein eigenes Programm auf der Basis der auf dem Kongress in Marseille angenommenen Richtlinien anzustellen.

Der braunschweigische Finanzminister v. Seone ist von seinem Amt zurückgetreten. Er hatte sich kürzlich einer Blinddarmsoperation unterziehen müssen, die es ihm unmöglich machte, seinen Posten in absehbarer Zeit wieder zu übernehmen. Tatsächlich sind auch die Braunschweiger Finanzen während der Amtstätigkeit dieses deutschnationalen Ministers detarlich erkrankt, daß sie nur schwer wieder gesund werden können.

Die irische Grenzregelung ratifiziert. Das irische Parlament hat gestern in zweiter Lesung das Grenzabkommen mit Ulster mit 75 gegen 20 Stimmen angenommen. Der König von England hat das Abkommen ebenfalls ratifiziert.

Ramänische Unversitätsstudenten. Die nationalistischen Studenten der Bukarester Universität haben gestern in den juristischen Auditorien eine antisemitische Demonstration veranstaltet. Die jüdischen Studenten wurden aufgefordert, das Auditorium zu verlassen; als sie die Forderung zurückwiesen, wurden sie von den Nationalisten verprügelt und aus dem Auditorium verdrängt. Die jüdischen Studenten der medizinischen Fakultät und der Technischen Akademie waren überhaupt nicht erschienen. Auf den anderen Fakultäten wurden die Vorträge abgesetzt.

Tauwetter.

Die große Schneeschmelze hat eingesetzt, und es kann bald kaum noch ein Zweifel bestehen, daß man mit einem Rahn in Berlin ganz gut vorwärts käme. Autos und Straßenbahn würden sich durch die aufschäumenden Fluten. Nur der Fußgänger hüpfte nutzlos in den Norästen der Bürgersteige umher, zweifelnd, wie er das jenseitige Ufer erreiche. Man könnte es ja mit Schwimmen versuchen — und daran hat der Magistrat vermutlich auch gedacht, als er die Schneeberge in Erwartung des Tauwetters anmutig auf den Bürgersteigen aufschichten ließ. Aber die Jahreszeit ist zum Schwimmen doch zu kühl. Immerhin kann man ein Schlammbad nicht vermeiden, von dem man, vom Kopf bis zum Fuß schmutzverkrustet heimkehrt. Besonders wer nach Geschäftsfluß die schlechtbeleuchteten Straßen durchschreiten muß, „kostet“ alle Annehmlichkeiten eines Schlammbades. Selbst die städtischen und staatlichen Gebäude haben den auf ihr Gebiet gefallenen Schnee großzügig der — Gemeinschaft überlassen, und als am Mittwochabend unter dem Einfluß des Regens Glätte entstand, bot zum Beispiel der Bürgersteig am Charlottenburger Amtsgericht die schönste Schlammhochbahn, während die Besitzer der Privathäuser rücksichtslos die Glätte durch Kies und Asche stumpten. Sehr entwickelt sich am Amtsgericht wie vor der Rusthochschule und dem Berliner Polizeipräsidium — um nur einige Gebäude zu nennen — ein wunderschöner, tiefer Norast. Den nun, von den guten Beispielen der Behörden endlich befehrt, auch die Hauseigentümer zu bekämpfen nicht mehr für notwendig erachten. Gibt es in Berlin keine Befen? Gibt es etwa keine Arbeitslosen, die einen Verdienst brauchen können?

Berlin im Schneematsch.

Zur Frage der Schneefälligkeit wird uns geschrieben: Der aus dem letzten größeren Schneefall zurückgebliebene Straßenschlamm ist leider immer noch nicht beseitigt. Man sehe sich mal die Nebenstraßen an und überzeuge sich, in welchem geradezu grauenhaften Zustand sie sich befinden. Während im Stadttinnern kaum noch etwas von dem Schmutz zu sehen ist, lagert der Dreck in den abseits gelegenen Straßen buchstäblich bergeshoch. Ist es da zu verwundern, wenn gerade in den Profletariatsvierteln am meisten über den Magistrat geschimpft wird? Sind denn die Steuergrößen dieser Bemohner weniger wert als die der Bemohner des Stadttinnern? Muß das sein, daß die Profletarier den ganzen Schmutz mit in die Wohnungen nehmen müssen? Wie geschieht denn in Berlin eigentlich die Beseitigung der Schneemassen? Zuerst fahren die Solzwagen der Straßenbahn die Schienen entlang, aber zwischen den Geleisen bleibt der Schnee liegen. Dann kommen Führwerke und schieben den Schnee wieder in die Geleise. Kann denn nicht Vorkehrung getroffen werden, daß der Schnee sogleich vom Mittelraum aus beseitigt wird? Danach folgt die Straßeneinreingung mit Schneepflügen, die Wellen von Schnee bilden, und Frühwerke und Pflanzmaschinen treiben diese Wellen durch. Warum werden nicht die Straßeneinreingungen und Uebergänge einigermaßen gereinigt? Run zu den Bürgersteigen! Die Portiers tragen und legen, aber jeder, der vom Damm kommt, stampft den Dreck auf dem Bürgersteig ab. Es ist sehr leicht, zu sagen: Bürgersteige reinhalten! Sorge doch der Magistrat dafür, daß auch der Straßendammbereich gereinigt ist. Der Hinweis auf die Kosten ist hier durchaus nicht am Platze. Wo: Magistrat geh' du voran, damit die Portierfrau folgen kann!

Die Polizei im heutigen Staat.

Am „Berein junger Kaufleute von Berlin“ sprach gestern Abend im Hause der deutschen Ingenieure, Friedrich-Ebertstraße, Polizeipräsident Dr. Friedensburg über „Die Polizei im heutigen Staat.“ Die außerordentlich klaren und klugen Ausführungen gipfelten ungefähr in folgendem: Die Polizei war früher eine Macht, die dem Publikum fremd war. Der preussische Schutzmann mit der Pistole galt als Inbegriff der Polizei. Heute ist die Polizei das Organ des Volkes selbst geworden, das Werkzeug des Staatswillens, der ausführende Arm der Bevölkerung. Der alte Staat war neben dem Volke eine selbständige Macht, die sich von Monarchen ableitete, unabhängig vom Volke. Der alte Polizeileutnant schrieb sich Polizeileutnant auf seine Visitenkarte. Heute hat die Polizei nur Erfindungsberechtigung aus dem Willen des Volkes selbst; sie darf nie zum Selbstzweck werden. Mit dem Wandel des Staates hat sich eben auch die Polizei gewandelt. Der Polizeibeamte wird heute befehrt, er sei nicht der Feind, sondern der Freund, Berater und vor allem der Helfer des Publikums; die neue Polizei steht näher dem Publikum, als es früher der alte Schutzmann tat. Früher bildete sich der Staat etwas darauf ein, daß die Polizei völlig unabhängig vom Publikum sei; das ist falsch, denn der Nimbus kann leicht verloren gehen, und der Verbrecher muß wissen, daß hinter der Polizei der Volkswille steht. Auch in den äußeren Formen der Polizei ist eine grundlegende Wandlung eingetreten. Die dauernden Patrouillen haben die Polizei veranlaßt, neue Einrichtungen zu schaffen. Deutschland braucht heute eine Polizei, die auch großen, organisierten Bewegungen die Stirn bieten kann. Deshalb existiert heute die Schutzpolizei, die entstanden ist aus den Bedürfnissen der Gegenwart. Früher kam der Polizei das Militär zu Hilfe, heute fällt diese Hilfe fort. Die verfeinerte kleine Reichswehr ist nicht in der Lage, einem großorganisierten Aufstand entgegen zu treten, was man in München gesehen hat. Der Staat braucht also, um sich zu sichern, ein unbedingt zuverlässiges Machtmittel, und dies muß die Schutzpolizei sein.

Antisemitische „Ribungen“ in einer städtischen Schule.

Infolge einer unter der betrüblichen Einwirkung der letzten grimmigen Rälle erfolgten ungesunden östlichen Gruppierung, das sich nach stolzer Männerart „Ribungenring“ nennt, an Wilmersdorfer Platte folgenden ulfigen Aufruf: Donnerstag, 10. Dezember 1925, 8 Uhr abends, Aula der Goetheschule, Wilmersdorf, Westfälische Straße, Ecke Eisenbahnstraße, „Deutschlands Sendung“ — „Aljudas Untergang“. Deutschgermanische Männer, Frauen, Jungfrauen erscheint zahlreich. Es geht um unier Leben! Der Schmied des „Ribungenrings“, Juden ist der Zutritt streng verboten.

Abgesehen davon, daß der germanische Humor des ehrenwerten „Schmieds“ sehr vermischt ist, und daß die entseferten Regellübler aus Botans Tiergarten ihr Germanenauge der Ankündigung nach ausschließlich auf Frauen und Jungfrauen werfen, durch welchen Mithariff kommt diese obstrukture antisemitische Hehrgesellschaft in die Aula der Goetheschule? Seit wann ist es üblich, daß Schulanulen einem zweifelhaften politischen Böbel zur Verfügung stehen?

Der „Revolutionschlüssel“.

Der Kampf zwischen Geldschranfabrikanten und Geldschranfabrikanten gehört für den Unbeteiligten zu den interessantesten Kapiteln der Kriminalistik. Er ist aber auch technisches Problem. Die Frage lautet für die Hersteller moderner Panzerfahrzeuge: Wie mache ich den Geldschranfabrikanten diebstahlsicher? Mit welchen Mitteln die Technik zur Lösung dieser Frage arbeitet, zeigte eine Vorführung bei der Firma E. Ude in Reinickendorf, der Vertreter der Presse und der Kriminalpolizei bewohnten. Nachdem den Besuchern das Werden ihrer Geldschränke gezeigt worden war, schloß sich ein zweifelhafte „Geldschrankeknabber“ an. Die neuesten Systeme widerstehen auch dem Schneidbrenner, dank besonderer Panzerplatten, wie lange, dann wird der ingenieure Geist der Einbrecher auch hier

etwas finden. Wie die Kriegsindustrie an dem Krieg, so sind letzten Endes auch die Geldschranfabrikanten an dem Einbruch interessiert. Interessant waren die Sicherungen durch den „Revolutionschlüssel“, der das ganze Schloß in Unordnung bringt und den „Gegenrevolutionsschlüssel“, der wo anders aufbewahrt, die künstliche Unordnung wieder beheben kann. Der heilige Geldschran ist so um ein Stückchen Geschichte reicher geworden. Es ist schwer, nicht eine blutige Satire zu schreiben, denn hier manifestiert sich das feinste ausgeklügelte Denken zum Schutze der Panzerfahrzeuge mit einem Malen- oder Kastengefühl, das sich der Revolution verschließt und der Gegenrevolution öffnet. Jedenfalls sollen Schränke mit diesen Schlüsseln sehr begehrte sein, vor allem da, wo es kriegt.

Die Meineidsaffäre des Dr. med. Koch.

Vor dem Schwurgericht III wurde gestern von neuem die Meineidsaffäre des praktischen Arztes Dr. Koch aufgerollt. Dr. Koch war, wie erinnerlich, vom Schwurgericht wegen Anstiftung zum Meineide zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die von ihm zum Meineide angestiftete Frau Güloff hatte ein Jahr einen Monat Zuchthaus und Ehrverlust erhalten. Die Meineide waren in einem Zivilprozeß geleistet worden. Dr. Koch betrieb in der Kaiserallee ein Verschönerungsinstitut, in welchem Damen sich Schönheitsfehler beseitigen ließen. So hatte er auch eine Dame aus Hamburg von dem lästigen Doppelpinn befreit, war aber hinterher wegen der Bezahlung in Differenzen geraten, und es kam zu einem Zivilprozeß, in dem Frau Güloff wahrheitswidrige Angaben machte, die dann den Gegenstand des Meineidsverfahrens gegen sie und Dr. Koch bildeten. Während das Reichsgericht die Revision des Dr. Koch verwarf, so daß dieser jetzt rechtskräftig verurteilt ist, hob es auf die Befehle von Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal das Urteil gegen Frau Güloff auf und verwies den Fall zur nochmaligen Nachprüfung an daselbst Schwurgericht. Das Reichsgericht bemängelte, daß das Schwurgericht Frau Güloff nicht den Strafmißverursachungsgrund zugewilligt habe, denn sie hätte sich bei Angabe der Wahrheit selbst der Begünstigung des Dr. Koch bezichtigt. Infolgedessen galt die neue Verhandlung auch nur der Bildung einer anderen Strafe und konnte schnell zu Ende geführt werden. Das Gericht untertrieb nochmals ganz besonders, daß Frau Güloff ein Opfer des Dr. Koch gewesen sei und setzte nunmehr die Strafe auf acht Monate Gefängnis fest, wofür sie volle Bewährungsfrist erhielt. Auch von einer Ehrenstrafe wurde nunmehr abgesehen.

Zwei tödliche Verkehrsunfälle.

Vor dem Hause Kaiserin-Augusta-Allee 34 in Charlottenburg wurde gestern Abend der 34jährige Kaufmann Rudolf Duißberg, Prager Straße 26 in Wilmersdorf wohnhaft, von einem Wagen der Straßenbahnlinie 55 überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuldfrage ist nicht geklärt. — Der 72 Jahre alte Karl Gutsch aus der Christiania-Straße 125 wurde gestern Abend vor dem Hause Streiber Straße 68 von einem Lastkraftwagen von hinten angefahren und ebenfalls sofort getötet. Die Leiche ist beschlagnahmt worden. Die Schuldfrage ist auch in diesem Falle nicht geklärt.

Vertagung des Bothmer-Prozesses.

Seit etwa 10 Tagen findet vor dem Schöffengericht in Lindenwald ein politischer Befeldigungsprozeß statt. Angeklagt ist der Volkswirt Runkel, den Landrat Dr. Luhrmer-Füterbog, Lindenwald befeldigt zu haben. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Gerlach, der auch den Bothmer-Prozeß am Montag haben sollte. Da der Prozeß in Lindenwald erst am Dienstag zu Ende geht, wird der Bothmer-Prozeß auf Mittwoch, 16. Dezember, 9 Uhr, vertagt.

Ein Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei in Charlottenburg. Auf dem Flur des Hauses Schillerstr. 71 fand man gestern, Donnerstagmorgen, um 7 1/2 Uhr die Leiche eines neugeborenen Knaben, die in weiche Briawand, ein Tuchstück mit Hoßbaum ohne Fäden, ein Blatt der Morgenpost vom 18. November und braunes Vordpapier eingeschlagen war. Das Gestalt war mit einer pergamentartigen Masse überlebt, unter der das Kind ersichtl. sein muß. Die kleine Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schauhause gebracht.

Die Verkehrsählung auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen findet am Sonntag, den 12. Dezember, statt. Die Reisenden werden, je nachdem sie im Besitz von Monatskarten, Wochenkarten oder Einzelfarten sind, beim Eintritt der Fahrt mit besonderen Zählkarten versehen, die beim Verlassen des Wagens auf dem Aussteigebahnhof abzugeben sind. Mit der Zählung soll festgestellt werden, ob die betrieblichen Maßnahmen mit den Anforderungen des Verkehrs in den einzelnen Tagesstunden im Einklang stehen. Um zuverlässige Unterlagen hierfür zu erhalten, wird das Publikum gebeten, sich der kleinen Mitarbeit durch Entgegennahme, Aufbewahrung und Wiedergabe der Zählkarten willig zu unterziehen und etwa eintretende geringe Verzögerungen an den Sperren der Bahnköpfe mit großem Verleher in Kauf zu nehmen.

Weihnachtskonzert der Schutzpolizei. Das diesjährige Weihnachtskonzert des Gemischten Chors der Schutzpolizei Berlin O. B. fand am Sonntag, den 12. Dezember, in den Kammerkellen, Felsowalder Str. 1-4, statt. Es gelang zur Aufführung Chöre und Soli aus dem Weihnachtsoratorium von Joh. Seb. Bach, Habdas G-Dur-Einmale (mit dem Vorkaufschlag), alle Weihnachtslieder sowie einige Chöre aus dem Oratorium „Das Rheingold“ von Richard Wagner mit Orchesterbegleitung. Eintrittskarten an der Abendkasse.

Für Kinder des geistig arbeitenden Mittelstandes veranstaltet die Gesellschaft „Deutsche Volkserholungsheim“, Berlin C. 2, Volkstraße 10/11, Nertur 418, in ihren Erholungsheimen Eigenburg und Friedrichstraße 12, billige Ferienlehrkurse mit höchlichem Unterricht und zur Erholung. Abreise 27. Dezember, Rückreise 6. Januar, verbunden mit einem Besuch von Weimar.

Verloren. Der Finder einer auf dem Alexanderplatz am Donnerstag, den 2. Dezember, morgens, verlorene Briefkiste, die über 200 R. Wästelgeißel und Papiere enthielt, wird gebeten, sie gegen Belohnung abzugeben bei Otto Moritz, Felsowalder Str. 15.

Explosion in einem amerikanischen Bergwerk.

61 Bergleute getötet.

Auf der Overton-Jebe, 12 Meilen südlich von Birmingham im Staate Alabama, hat sich eine furchtbare Schlagweiterexplosion ereignet, bei der 61 Bergleute getötet wurden. Aus den bisher vorliegenden Nachrichten ergibt sich folgendes:

Das Unglück hatte sich bald nach dem Beginn der Tageslicht ereignet. Die Grube besteht aus sieben Stollen, deren unterster in einer Tiefe von etwa 1000 Metern liegt. Die unversehrt gebliebenen Arbeiter befanden sich im obersten Stollen. Die durch die Explosion angerichteten Verwüstungen und die Gasentwicklung behinderten die Rettungsarbeiten stark. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt. Die Grube war mit den üblichen Sicherheitsvorrichtungen ausgestattet. An dem Eingang der Grube spielten sich erschütternde Szenen ab, als viele der herbeigeilten Frauen und Kinder die Leichen ihrer Angehörigen erkannten. Während eine erste Rettung von 40 Toten sprach, steht nach den letzten Meldungen leider fest, daß 61 Bergleute ums Leben gekommen sind. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 5. 15 Bergleute sind mit dem Leben davongekommen.

Groß-Berliner Parteinarichten.

24. 864. Reich. Hofem. Sonnabend, 12. Dezember, abends 8 Uhr, Paulsen-Bühnung im Rederzimmer der 1. Garnisonskirche, Charlottenburg.

Gewerkschaftsbewegung

Oswald Schumann 60 Jahre alt.

In einem unbedeutenden schlesischen Orte, in Borzengine bei Trachenberg 1865 geboren, vollendet der Vorsitzende des Deutschen Verkehrsbundes, Oswald Schumann, am heutigen Tage sein 60. Lebensjahr. Mit kümmerlicher Dorfschulbildung ausgerüstet, lernte unser Jubilar sofort nach seiner Schulabfertigung die Härten des Kampfes um ein proletarisches Dasein kennen. Nach Jahren, die er als Arbeiter in Ziegelfabriken und an der Eisenbahn in seiner engeren Heimat Schlesien zubrachte, wandte er sich nach Berlin. Im Jahre 1885 wurde er Mitglied in dem damaligen Verein Berliner Hausdiener, und 1893 wurde er zusammen mit dem 1923 verstorbenen Hans Dreher in die Agitationskommission für Handelshilfsarbeiter gewählt, um sich hier die ersten Sporen für seine spätere Führerlaufbahn zu erwerben. In dem gleichen Jahre übertrug ihm auch die Berliner Parteiorganisation das Ehrenamt eines Vertrauensmannes. Drei Jahre später — 1896 — war Schumann die Seele jener Altenburger Weihnachtstagung, die den Grundstein legte zu der heute so einflussreichen und mächtvollen Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterorganisation, dem „Deutschen Verkehrsbund“.

Das Werden und Wachsen dieser Organisation, die Geschichte ihrer Kämpfe und Siege sind untrennbar mit dem Namen Oswald Schumann verknüpft, der seit ihrer Gründung bis zur Stunde mit hervorragendem Geschick und vorbildlicher Tatkraft als ihr erster Vorsitzender wirkte. Wenn die Kriegszeit und all die schweren Stürme, die nachdem über die deutschen Gewerkschaften hinwegbrausten, das innere Gefüge des Deutschen Verkehrsbundes nicht zu erschüttern vermochten, so ist das nicht zum geringsten das Verdienst des heute Sechzigjährigen. Was Oswald Schumann in den letzten 28 Jahren als Organisator und Agitator für seine Berufskollegen, für die eigene Organisation und darüber hinaus für die Gesamtbewegung geleistet hat, das läßt sich nicht in wenigen Sätzen zusammenfassen.

Seine starken Führereigenschaften, die sich in überzeugender Klarheit des von ihm gesprochenen und geschriebenen Wortes ausdrücken, seine Unbeirrbarkeit, sein stets froher und mitreißender Optimismus und sein nie erlahmendes, kraftvolles Wollen, mit unbedingter Hingabe an die Sache verbunden, gemannt Oswald Schumann ungezählte Sympathien. Der von der großen Oeffentlichkeit zwar weniger bemerkten, aber darum gewiß nicht weniger wichtigen Arbeit, die Schumann in den verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Reichstages — dem er ununterbrochen seit 1912 als Abgeordneter angehört — leistete, verdanken speziell seine Berufskollegen manchen bedeutsamen gefeggeberischen Erfolg.

Auch seine Berufsinternationale besitzt in Schumann einen ihrer besten Kameraden und Förderer. Von 1904 bis Kriegsende war er Mitglied des Zentralrates der Internationalen Transportarbeiter Federation, die damals in Berlin domizilierte. Und erst kürzlich hat der Sechzigjährige eine beschwerliche Reise beendet, um als Delegationsführer der von den deutschen Gewerkschaften nach Amerika entsandten Studienkommission eine Annäherung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung an die große Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale herbeizuführen und speziell die Beziehungen zu den deutschen Gewerkschaften inniger und fester gestalten zu helfen.

Nach viele Jahre weiteren erfolgreichen Wirkens in ungedruckter körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische ist unser Wunsch zu Schumanns sechzigster Geburtstagfeier.

Eine günstige Arbeitsgelegenheit.

Darf der Staat jetzt Arbeiten liegen lassen?

Die Berliner Museumsneubauten im Zentrum der Stadt liegen unbegreiflicherweise brach. Die Fertigstellung dieser Arbeiten wurden hundertern von arbeitslosen Bauarbeitern und sonstigen gelernten und ungelernten Arbeitern reichlich Arbeitsgelegenheit bieten. Die Bauten sind bereits verglast. In den gewaltig großen Innenräumen sollen antike Bauwerke im Original aufgestellt werden. Außerdem aber sind noch so große Arbeiten anderer Art bei den Museumsneubauten auszuführen, die auf Jahre hinaus reichlich Arbeitsgelegenheit bieten.

Es ist unverständlich, weshalb bis jetzt noch keine Anstalten dazu getroffen sind, diese Arbeiten in Angriff zu nehmen. Will der preussische Finanzminister hier eine über angebrochte Sparfahnenpolitik betreiben? Jergendwann müssen ja die begonnenen Arbeiten einmal fertiggestellt werden. Soll ihre Herstellung auf eine Zeit verschoben werden, in der die Baukonjunktur einsetzt? Das Allgemeininteresse erfordert hier, daß aus der Rat der Arbeitslosigkeit eine Tugend gemacht wird. Die nötigen Arbeitskräfte stehen reichlich zur Verfügung und die er-

forderlichen Mittel, die sich durch Erspargung von Erwerbslosenunterstützung verringern, sind zu beschaffen. Jedes Zurückhalten vorhandener Arbeitsgelegenheit heißt den Hungrigen das Brot wegnehmen.

Kurzum, die Museumsneubauten dürfen den Arbeitshungrigen nicht länger mehr vorenthalten werden. Dazu ist nur notwendig, den Kintsschimmel einmal in Trab zu bringen.

Die Eisenbahner-Verhandlungen vertagt.

Die für heute Freitag angeordneten Eisenbahnerverhandlungen sind auf Montag vertagt worden, da die Vorbereitungsarbeiten noch nicht völlig abgeschlossen werden konnten.

Die KPD. auf dem „Vormarsch“.

In Jena wie in Berlin ausgepielt.

In der gestern stattgefundenen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Jena wurde die Wahl der Ortsverwaltung und Ortsauschussdelegierten vorgenommen. Von 504 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der Richtung Amsterdam 392 Stimmen. Die „Opposition“ (KPD.) erhielt 200 Stimmen. Die Verwaltung wurde im vorigen Jahre zurückgetrieben und war bis dahin eine Hochburg der KPD.

Streikbrecher für die Pianobranche!

Dem Deutschen Holzarbeiterverband wird mitgeteilt: In den Mechanikfabriken von Ernst Jakob A.-G., Mariannenplatz, und Kautz, Schlessische Straße 18, sieben die Belegschaften wegen Lohnabzüge im Streit. Beide Firmen bemühen sich, Streikbrecher anzuwerben, denen „hohe Verdienste“ garantiert werden. Die Firma Kautz hat einige Elemente als Angestellte engagiert, die sich nicht schämen, das schone Handwerk eines Handwebers auszuüben.

Wir bitten alle Arbeiter, diese Betriebe zu meiden, da diese vom Holzarbeiterverband gesperrt sind. Die Ortsverwaltung.

Wasser- und Elektrizitätswerke gegen Tarifverträge.

Die Charlottenburger Wasserwerke und die dem Konzern der Märkischen Elektrizitätswerke angehörenden privaten Elektrizitätswerke hatten den bis zum 1. Oktober gültigen Tarifvertrag mit den Angestellten gekündigt und Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages glatt abgelehnt. Sie übten statt dessen auf ihre Angestellten einen mehr oder minder starken Druck aus, um sie zu veranlassen, Einzelarbeitsverträgen durch Unterzeichnung von Reversen zuzustimmen. Es wurde deshalb von den am bisherigen Tarifvertrag beteiligten Organisationen der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin angerufen, der am Mittwoch tagte. Durch das provozierende und beleidigende Auftreten des Vertreters der Märkischen Elektrizitätswerke, Dr. Grieh, sah sich der Schlichtungsausschussvorsitzende gezwungen, die Verhandlungen aufzuheben.

Ueber dieses Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen berichtete Dange vom JdL in einer A.V.A.-Mitgliederversammlung am Mittwoch in Haverlands Festsaal. Er legte den Versammelten klar, daß das brutale Auftreten der Unternehmer nicht zurecht auf das mangelnde Organisationsverhältnis und die eingetretene Teilnahmslosigkeit der Angestellten zurückzuführen sei. Der Abschluß von Einzelarbeitsverträgen, durch die den Angestellten meist Gehaltserhöhungen zugesprochen werden, sei nur ein Vorwandmittel der Unternehmer, die ihnen verhassten Gewerkschaften von der Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen auszuschalten. Dies ist nicht nur das Ziel dieser Unternehmergruppe, sondern des gesamten Unternehmertums. Die Angestellten müssen das Fallspiel der Unternehmer, das ihnen im Augenblick vielleicht einen materiellen Vorteil bringt, durchschauen und ihnen zu begegnen suchen. Sonst müßten sie zu spät erkennen, daß sie die Geschädigten und rechtlos Gewordenen sind. Sämtliche Diskussionsredner vertraten die Auffassung, daß die Organisationen zumindest versuchen müssen, Beststarie abzuschließen, um über diesen Weg wieder zu einem Tarifvertrag zu kommen. Sie verpflichteten sich weiter, trotz der schweren Wirtschaftskrise und des damit verbundenen Angestelltenabbaues, unter den Angestellten neue Mitglieder zu werben, damit den jetzt so brutal auftretenden Unternehmern die Gewerkschaftsmoral entgegengesetzt werden kann.

Generalversammlung der Buchdrucker.

Die Berliner Buchdrucker hielten Donnerstagabend im Kriegervereinshaus ihre erste Generalversammlung nach den kürzlich erfolgten Neuwahlen der Delegierten und Bezirksvorstände ab.

Dem vom Gauvorsitzenden Braun erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Das Jahr 1925 war ein Jahr des Aufstiegs und der Erfolge. Der Mitgliederbestand hatte sich am 1. Dezember d. J. auf annähernd 14 000 erhöht. Der Lohn konnte im Laufe des Jahres den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen angepaßt werden. Die sprunghafte Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel in der letzten Zeit machte jedoch die Kündigung des Lohnabkommens notwendig. In der nächsten Woche finden neue Lohnverhandlungen statt und im Anschluß daran eine Gauvorsitzendenkonferenz. Das Organisationsverhältnis ist nach der auf-

genommenen Statistik sehr gut. Erfreulich ist, daß der Achtstundentag fast überall eingehalten worden ist. Die Zahl der Kollegen, die mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiten, ist gering. Allenfalls veruchen die Prinzipale Verschlechterungen durchzusetzen, so daß zwischen Organisation und Unternehmern ein sehr gespanntes Verhältnis besteht. Obwohl die gegenwärtige Wirtschaftskrise und der Mangel an Zahlungsmitteln nicht verkannt werden darf, muß dennoch alle Kraft auf die Erhaltung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angewendet werden. Die Bildungsbestrebungen erstrecken sich auch auf die Abhaltung von Betriebsrätekursen. Nach der Inflationszeit mußte die Bibliothek den Zeitverhältnissen entsprechend ausgestattet werden. Diese Bücherammlung ist jetzt vorbildlich.

Die Zahl der Arbeitslosen ist bisher im Buchdruckergewerbe gegenüber anderen Berufen erfreulicherweise gering. Braun brachte zum Ausdruck, daß alle Umstände eine Bestätigung für die richtige Taktik des Verbands- und Gauvorstandes seien. Vor allem wies er auf die Redner unter lebhaftem Beifall gegen die gewerkschaftszerstörende Tätigkeit der Romanisten.

Schleffler gab in seinem Kassenbericht ein Bild von der günstigen Entwicklung der Finanzen. Gegenüber dem Vorjahre hat sich das Vermögen der Organisation ungefähr verdoppelt. Es beträgt jetzt etwa 450 000 RM. Damit ist jedoch der Vortragsstand bei weitem nicht erreicht. Der vom Gauvorstand vorgeschlagene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde zugestimmt, dergleichen den Remunerationen für die Schriftführer und den Vorsitzenden des Schlichtergerichts. Zum Weihnachtsest wird den Arbeitslosen und Invaliden wieder eine besondere Unterstützung gewährt. Dem Bildungsverband werden auf Beschluß der Versammlung 1500 RM zugewiesen.

Der Gauvorstand wurde schließlich gegen 3 Stimmen wiedergewählt, ebenso die einzelnen Kommissionen. Ueber die kommunikativen Anträge auf Abänderung des Statuts ging man zur Tagesordnung über.

Der nächste Verbandstag findet im Juni 1926 in Berlin statt. Dazu sind bereits alle Vorbereitungen getroffen. Dem Gauvorstand wurde Vollmacht erteilt für die Feier des 60jährigen Bestehens der Organisation, die sich aus den kleinsten Anfängen zu einem stolzen Gebilde entwickelt hat.

Alles in allem bildete die ruhig verlaufene Versammlung einen Auftakt zur Geschlossenheit im neuen Jahre.

Die Konjunkturpolitik.

Erfurt, 11. Dezember. (W.F.B.) Die Firma Eduard Pingel, Schuhfabrik A.-G., Erfurt, hat ihrer gesamten Belegschaft gekündigt. — Die Verwaltung teilt dazu mit, sie habe sich zu der Kündigung entschlossen, da sie die in der Hochkonjunktur festgesetzten Löhne nicht weiter zu zahlen in der Lage sei. Die Firma erklärt sich jedoch bereit, die Belegschaft weiter zu beschäftigen, wenn die Arbeiter sich damit einverstanden wäre, die in Gemeinschaft mit der geschäftlichen Betriebsvertretung zu vereinbarenden neuen Löhne anzunehmen.

Achtung, Buchdrucker! Vor Annahme einer Kondition bei der Firma Karl Hansen, Chausseestrasse 56, ist es erforderlich, Erkundigung auf dem Gauverau, Engelstr. 24/25, einzuziehen. Die Firma hat einem Teil des Personals zwecks Lohnabbau gekündigt. Der Gauvorstand.

Wichtig, SPD-Metallarbeiter Bezirk 12 (Friedenau, Silesia, Sankt. mit. Tellen). Am Dienstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von Hermann, Friedenau, Rheinstr. 40, wichtige Versammlung aller Bezirksossen. Niemand darf fehlen. Vorsitzende mitbringen. Der Präsidiumssekretär.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das seit 1886 bestehende, bestbekannte Konfektionshaus J. Boer, Sob. Straße 2, Ecke Brunnengasse, hierdurch bietet eine große Auswahl in fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben-, Familien-, Sport- und Berufsausrüstung zu äußerst billigen Preisen in nur guter Qualitätsware. Wir empfehlen auf das heutigste Inferat.

Die allbekannte Firma R. Bestag, Schneider, Hauptstr. 1, Ecke Gumpenwaldstraße, macht für den Weihnachtsbedarf besonders billige Angebote in Herrenanbereds aller Art. Wir empfehlen auf das heutigste Inferat.

Großer Weihnachtsverkauf
von Herren- und Knabenbekleidung
zu ermäßigten Preisen auch statt bei
S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12.

Krause-Pianos
zur **Miete**
Ansbacher Str. 1, Fabrikantstraße
Inlierieren bringt ERPOLO

Bären-Stiefel
halblastiger **Qualitätsstiefel**
für **Strasse und Sport**
nur bei **H. Bähr, Mittelmarkt 7**

Günstige Weihnachtskäufe
für Herren, Jünglinge u. Knaben

Haus-Joppen warmer Flauch mit Verzahnung in verschiedenen Farben . . . 19⁰⁰	Sakko-Anzug neueste Formen . . . 53⁰⁰	Joppen-Schul-Anz. ganz gef., gem. Chev., Gr. 33 . . . 29⁰⁰	Ulster u. Schlüpfer aus molligen Flauch und Cheviot, für 3 Jahre . . . 14⁰⁰
Haus-Joppen prima Flauch u. Velours-Quall. 66. . . 30⁰⁰	Blaue Sakko-Anz. dauerhafte Qualität 110., 55. . . 65⁰⁰	Jüngl.-Sakko-Anz. mittelfarbige Chevots . . . 34⁰⁰	Schweidenmützen schwarz od. braun Lederkopf, mit Seal od. Biberfellbesatz . . . 14⁰⁰
Schlaföcke warmer Flauch in verschiedenen Melangen . . . 32⁰⁰	Beinkleider moderne Stoffmeister . . . 15., 15. . . 10⁰⁰	Jünglings-Ulster braun meliorer Chevot . . . 32⁰⁰	Rodel-Garnituren f. Knaben, drei-, vier- u. fünfteilig, gr. Portbenanzu. 45., 50. . . 24⁰⁰
Schlaföcke prima reitwoll Velours, viele Farben 65. . . 56⁰⁰	Fantasie-Westen aparte Neuhaffen . . . 12., 9. . . 7⁰⁰	Jüngl.-Windjacke feste imprägnierte Stoffe, von . . . 9⁵⁰	Woll-Decken f. Wagen u. Reise 85., 24. . . 28⁰⁰
Haus-Anzüge warme, gute Qualität in weinrot und gras . . . 63. . . 36⁰⁰	Frack-Westen Wasch- und Seidenstoffe, je nach Qualität . . . 24., 11.50 . . . 9⁰⁰	Jgl.-Sport-Brech. ganz gefüttert . . . von . . . 11⁰⁰	Auto-Decken mit Pelz gefüttert 100., 115. . . 160⁰⁰
Wint-Lod-Joppen extra warm gefüllt 82., 24. . . 17⁰⁰	Sportpelze strapazierfähige Pelzausstattung, von . . . 145⁰⁰	Kittel- u. Einknopf-Anzüge in kleidsamen Formen und Farben für 2 Jahre . . . von . . . 14⁰⁰	Rodelgarnituren vierteilig, reine Wolle, 60. . . 36⁰⁰
Herren-Ulster Marengo-Chevot in mod. Form, halberst strapazierfähig 98., 11. . . 53⁰⁰	Gehpelze erstklassige Pelzverarbeitung . . . von . . . 250⁰⁰	Kieler Anzüge reitwoll, Melton-Chevot mit kurzer Haue, für 3 Jahre . . . 26⁰⁰	Sporthemden mit 1 Krage, sehr halblastig . . . 6⁷⁵

Leineweber
Berlin C Kölnischer Fischmarkt 4-6
Sonntag, den 13. und 20. Dezember geöffnet von 2 bis 6 Uhr.

